

Haushaltsrede 2014

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Ratskollegen liebe Mitbürger,**

auf dem Neujahrsempfang vor einigen Tagen in Siedlinghausen hatten wir Gelegenheit, der eindrucksvollen Präsentation des Bürgermeisters zu folgen, in der er 40 Jahre Entwicklung unserer Stadt lebendig werden ließ. 40 Jahre ist es her, dass aus 15 Orten eine Stadt werden sollte. Nun, inwieweit das geglückt ist muss jeder Bürger für sich selbst entscheiden. Ich kann sagen, dass ich mich heimisch fühle in Winterberg und gerne hier lebe und arbeite. Insofern scheint es tatsächlich eine Erfolgsgeschichte gewesen zu sein, diese kommunale Neugliederung von 1974.

Aber Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, dieser Erfolg hat viele Väter. Neben den hauptberuflichen Mitarbeitern der Verwaltung, sind es auch die Politiker gewesen, die entscheidende Weichen gestellt haben. Josef Schnorbus und Richard Hassenflug sind da sicher zu nennen, wie auch ein Bernd Braun und Hans-Walter Schneider, die jahrzehntelang sich in die Kommunalpolitik einbrachten oder dies wie Frau Leber und Richard Gamm immer noch tun.

Pikant ist es allerdings, dass dieses Jubiläum auf dem Neujahrsempfang in Siedlinghausen ins Licht gesetzt wurde. 1973 als die Auseinandersetzung um die kommunale Neugliederung begann, war ich noch ein junger Mann und erinnere mich gut an die Diskussionen unserer Nachbarn im Dorf an der Neger. Lieber hätten sie eine eigene Gemeinde gründen wollten, als von Silbach und den anderen Orten zu profitieren. Nun Herr Pieper, liebe Nachbarn, heute sind sie sicher froh, dass sie zu ihrem Glück gezwungen wurden.

Schließlich werden sie großzügig in unserem Haushaltsplan bedacht. Rund 310.000 € fließen in die Maßnahme zur Dorferneuerung Siedlinghausen in 2014.

In Niedersfeld sollen in 2016/2017 weitere 500.000 € für ein neues Dorfzentrum investiert werden. Diese Maßnahmen sind sinnvoll und verbessern sicher die Lebensqualität in den Orten. Aber darüber darf man die anderen 12 Dörfer nicht vergessen.

In Altastenberg gibt es Pläne zur Dorfentwicklung, ebenso wie in Silbach. Auch hier gilt es, in den nächsten Jahren Mittel für eine Prozessbegleitung zur Verfügung zu stellen mit dem Ziel, Fördermittel zu akquirieren.

Wir können uns nicht auf 3 Nebenzentren mit, wie der Bürgermeister es nennt „Anker-/Clusterfunktion“ beschränken und das Geschehen in den Nachbarorten den „rüstigen Rentnern“ und Verkehrsvereinen überlassen. Auch hier sind wir in der Pflicht öffentliches Leben zu sichern und zu gestalten.

Meine Damen und Herren,

in den letzten Jahren haben wir gerungen um die richtige Berechnungsgrundlage für die Schlüsselzuweisungen. Ich möchte mich nicht wiederholen und meine Rede vom letzten Jahr abspulen. Herr Bürgermeister, Herr Pieper wir haben hier einfach

unterschiedliche Auffassungen über Sozialleistungen, die für sie immer zu Soziallasten werden. Aber gerade diese Soziallasten sind ja Kriterium für hohe Schlüsselzuweisungen. Sie beklagen sich einerseits über die Belastung, andererseits auch über die zu hohe Vergütung für diese Belastungen. Vor 2 Jahren haben wir gemeinsam einen Flächenansatz gefordert, nun ist er eingeführt und es reicht ihnen erneut nicht aus. Der interessierte Bürger, der die Diskussion verfolgt, könnte meinen es ginge erst einmal darum herauszufinden, was sie eigentlich wollen, außer mehr Geld? Anscheinend haben wir in Winterberg weder genügend Soziallasten noch genügend Fläche, um das von Ihnen gewünschte Ergebnis bei den Schlüsselzuweisungen zu erzielen.

Allerdings muss hier gesagt werden, die Schlüsselzuweisungen sind in 2014 um nahezu 600.000€ auf 4.030.000 € deutlich gestiegen. Auch bei den Allgemeinen Zuweisungen vom Land liegen wir mit 1.043.436 € in Nordrhein-Westfalen erneut an der Spitze der Kurorte.

Sie sehen meine Damen und Herren, Unterstützung durch die Landesregierung ist da, sie reicht jedoch nicht aus, um das Defizit in unserem Haushalt aufzufangen.

Und doch ist ein wenig Licht in Sicht. Zum einen sind es die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen in Berlin zwischen CDU und SPD, wo insbesondere auf Drängen der SPD deutliche Verbesserungen für den kommunalen Bereich erreicht werden konnten. Die 5 Milliarden € jährlich für die Eingliederungshilfe werden sich vor allem für den Kreis sehr positiv auswirken und somit über eine geringere Kreisumlage auch unseren Haushalt entlasten. Weitere 4 Milliarden € sind für den Ausbau der Infrastruktur wie Straßen, Brücken, Breitbandkabel geplant, was indirekt auch den Städten und Gemeinden zu gute kommen sollte.

Zum anderen scheint die Konjunktur stabil zu bleiben, was auch weiterhin für gute Steuereinnahmen sorgen wird. Erste Auswirkungen bekommen wir zu spüren. Die Kreisumlage wurde gesenkt. Leider nicht so hoch wie es Hans-Walter Schneider für die SPD Fraktion gefordert hatte. Hier wäre sicher noch mehr drin gewesen als die ca. 100.000 € die wir jetzt weniger an den Kreis zahlen müssen und die für eine leichte Verbesserung unseres Haushaltplans sorgen.

Nach wie vor gelingt es uns nicht, unseren Haushalt ausgeglichen zu gestalten. Im Ergebnisplan benötigen wir eine Rücklagenentnahme von ca. 1,6 Millionen € aus der allgemeinen Rücklage und im Finanzplan benötigen wir 407.991.- € zum Ausgleich des Liquiditätsbedarfs. Unser Kreditrahmen für die Geldbeschaffung wird so auf 6 Millionen € anwachsen. Dies birgt hohe Zinsrisiken und trägt zu einer weiteren Verschuldung bei.

Dennoch ist es Aufgabe der Kommunalpolitik den Bürgerinnen und Bürgern ein lebenswertes Umfeld und ein funktionierendes Gemeinwesen zu schaffen und zu erhalten. Hierfür ist es nötig, trotz finanzieller Risiken Geld in die Hand zu nehmen und in Infrastruktur und Daseinsfürsorge zu investieren.

Mit Recht Herr Bürgermeister Eickler, haben Sie bei der Einbringung des Haushalts unsere Schulen zuerst genannt. Mit dem Neubau der 3-fach Turnhalle am Gymnasium und der Fortführung des Schulbaukonzeptes stellen wir 3,43 Mio. € für die Verbesserung der Bausubstanz

und des Angebotes unseren Schulen zur Verfügung. Traurig ist aber dass wir die Jakobusschule in Niedersfeld und die Grundschule in Züschen Mitte Juni dieses Jahres schließen müssen. Nun, ich könnte jetzt ein paar Witze darüber machen, was man gegen den demografischen Wandel unternehmen könnte, doch es ist nicht spaßig, dass wir die wenigen Kinder die wir haben, in den Schulen anderer Gemeinden beschulen.

Wir müssen Wege finden unsere Schulen angefangen bei den Grundschulen bis hin zum Gymnasium auch inhaltlich und konzeptionell so attraktiv zu machen, dass die Eltern dieser Stadt sich sicher sind, hier bei uns das beste Angebot für Ihr Kind zu finden. Wir müssen uns einstellen auf die Bedürfnisse für Menschen mit Behinderungen, die inklusiv lernen wollen. Wir müssen uns einstellen auf längeres gemeinsames Lernen in Schulformen, die den Gegebenheiten angepasst werden. Zum Teil ist uns dies mit dem Schulzweckverband und der Verbundschule schon gelungen, aber es bleibt eine Herausforderung für die Zukunft. Vor diesem Hintergrund sollten wir nochmals überprüfen, ob wir die 35. 000 € Zinsvorteil aus dem Turnhallenbau nicht lieber für konzeptionelle Arbeit an allen Schulen in Winterberg zur Verfügung stellen wollen. Mit dem Ziel Qualität und Attraktivität zu halten oder zu steigern.

Im Blick haben müssen wir auch die Entwicklung der Fahrtkosten. Sowohl für die Schüler als auch für Kinder der Dörfer, die kein KiTa – Angebot haben. Hier war der Antrag der SPD Fraktion in 2013 diese Beträge zu erhöhen gut und richtig. Dennoch gilt auch hier für die Schulen, Angebote so zu gestalten, dass auch Fahrschüler sie gerne nutzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor Jahren haben wir beschlossen unsere Straßen nicht ewig notdürftig zu flicken, sondern lieber von Grund auf zu sanieren, wenn es notwendig ist. In Silbach und in Niedersfeld ist dies der Fall. Ich weiß, dass eine solche Baumaßnahme bei den Anliegern immer zu Sorgen und finanziellen Engpässen führen kann, aber wer die Schlaglöcher etwa der Straßen „Am Silberberg/Schieferberg“ kennt, der weiß auch, dass es nicht zu verantworten ist diese Straßen weiterhin in dem jetzigen Zustand zu lassen. Gleiches gilt für die anderen Straßenbau- und Unterhaltungsmaßnahmen im Haushaltsplan.

Wo wir bei den Straßen sind, vielleicht noch ein kurzes Wort zu unserem Schilderwald und zu dem Sommergastspiel der Tempo-30-Zone.

Schlecht vorbereitet, schlecht durchgeführt, unglücklich beendet, so könnte man es vielleicht zusammenfassend sagen. Dies ist zumindest meine persönliche Meinung.

Wir hatten uns hier vor 2 Jahren auf ein Verkehrsleitsystem verständigt und beschäftigen uns seit Jahren im Stadtmarketingverein mit dem Ziel, die Anzahl der Hinweisschilder in der Kernstadt zu reduzieren. Bei der Verkehrsregelung wurde jetzt genau das Gegenteil von dem beschlossen. Auch das Fußgängerleitsystem, mit den aktuell aufgestellten Stehlen, hat nicht zu einer Reduzierung des Schilderwaldes geführt, sondern eher zur Aufrüstung beigetragen. Im Bereich Bahnhofstraße/Am Alten Garten steht die Stehle unmittelbar neben einem Schilderbaum mit 60 Hinweistafeln. Zusätzliche Schilder weisen auf den Kurpark, die Tourist Information und das Edeka-Center hin. Die nicht mehr beklebte Wetterstation am

Kurparkeingang wirkt da mit ihrer roten Leuchtschrift schon beinahe wie ein Kunstwerk.

Meine Damen und Herren, auch wenn wir die Verabschiedung einer Gestaltungssatzung auf die Zeit nach der Kommunalwahl verschoben haben, so ist es doch nötig sich mit diesem Wildwuchs auseinander zu setzen. In der Pforte so fiel mir neulich auf, sind die Rückseiten von Verkehrsschildern schon mit Reklametafeln versehen worden.

Natürlich soll jeder Gewerbetreibende werben können in Winterberg, natürlich ist auch eine solide Beschilderung für Gäste und Einwohner unserer Stadt nötig. Doch hier ist weniger oft mehr.

Ordnungsamt und WTW sind hier gefordert für ein ansprechendes Stadtbild zu sorgen, das leitet und führt und nicht den Blick verstellt für unser ansprechendes Angebot innerhalb der Stadt.

Nach wie vor müssen wir darauf achten, dass bei jeder Maßnahme der Gedanke an die älter werdende Gesellschaft einfließt. „Barrierefrei“ und „behindertengerecht“ sind hier die Stichwörter. Hiervon müssen wir uns auch leiten lassen bei der Investition in das Bahnhofsareal. Der Ausbau des Bahnsteigs ist beschlossene Sache. Erinnern möchte ich nochmals, dass es eine Initiative der SPD Kreistagsfraktion war, die hierzu führte. Für uns als Stadt gilt es jetzt, mit einem vertrauenswürdigen Investor dafür zu sorgen, dass ein Bahnhofsgebäude entstehen kann, das unsere Gäste und Einwohner gerne mit dem Zug nach Winterberg reisen lässt.

Es muss die Möglichkeit geben Wartezeiten komfortabel und angenehm zu überbrücken. Das Ziel für uns als Stadt muss es sein, in einem neuen Gebäude eine Infrastruktur anzubieten, die nicht weniger ist, als das was verloren ging.

Dies bedeutet unserer Meinung nach auch, nachdem sich die Bahn auf unverschämte Art und Weise aus Winterberg zurückgezogen hat, dass wir hier Aufgaben übernehmen müssen. Herr Beckmann sollte hier eine Außenstelle der Tourist Information installieren, um das Serviceangebot für unsere Gäste zu verbessern.

Ein Angebot für Einheimische könnte unseres Erachtens auf dem Gelände der ehemaligen Stadthalle entstehen. Hier hatten wir bereits im letzten Jahr angeregt den Abriss gegebenenfalls durch einen Investor durchführen zu lassen, der danach Wohnraum schafft.

Nun mittlerweile ist ja die Stadthalle ebenso verschwunden wie das Hotel Classen und es gibt eine schöne ebene Fläche, die sich unserer Meinung nach bestens eignet für den Wohnungsbau. Trotzdem bliebe sicher noch genügend Raum für die einmal im Jahr stattfindende Kirmes. Hierüber sollten wir beraten.

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

eine lebendige Stadt lebt auch vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger. An dieser Stelle möchte ich im Namen der SPD Fraktion allen ehrenamtlich engagierten Mitbürgern unserer Stadt danken. Sie schaffen mit Ihrem Tun nicht nur Mehrwert für die Stadt, sie sorgen auch für ein Gemeinwohl, das mit Geld allein nicht herzustellen ist. Das Geld für die Vereinsförderung, immerhin insgesamt 460.000 €, ist daher gut angelegt.

Jedes Jahr muss unser Dank auch den Feuerwehrekameradinnen und Kameraden gelten. Die Pflicht dem Nächsten in Not und Gefahr beizustehen stellt sicher eine besondere Herausforderung an das Ehrenamt dar. Es ist für unsere Fraktion daher selbstverständlich, dass die Wehren in unseren Orten gut ausgebildet und gut ausgestattet ihren Dienst versehen können. Im laufenden Kalenderjahr sind 225.000 € vorgesehen, die wir in den Brandschutz investieren wollen. Dies stellt unsere Fraktion nicht in Frage.

Es freut uns, dass dem Antrag unserer Fraktion vom letzten Jahr gefolgt wurde und das Feuerwehrhaus in Silbach inzwischen einen Käufer gefunden hat. So können die Feuerwehrekameraden in Grönebach in 2015 und in Silbach in 2016 in einem neuen Gebäude und mit einem neuen Fahrzeug ihren Dienst ausüben.

Auf dem Gebiet des Brandschutzes hatten wir in den letzten Jahren wiederholt die kommunale Zusammenarbeit gefordert, etwa wenn es um Beschaffung von Fahrzeugen oder technischer Ausrüstung ging. Kommunale Zusammenarbeit kann es aber auch in anderen Teilen der Verwaltung geben. Bei administrativen Aufgaben etwa oder wie bei der WTW gezeigt beim Tourismus.

Ob dies jedoch zu einem Zusammenschluss führen muss, mit dem Ziel zusätzliche Zuständigkeiten, etwa für den Straßenverkehr zu erhalten, finden wir jedoch bedenklich. Hier scheinen die Anforderungen an eine solche Aufgabe höher zu sein, als der tatsächliche Nutzen.

Es muss also gut überlegt werden, ob wir Entscheidungsbefugnisse erhalten wollen, die uns schnell zusätzlich belasten können.

Nun meine Damen und Herren in diesem Haushaltsplan gibt es aber auch einige Unwägbarkeiten. Jedes Jahr müssen wir uns fragen, ob die Mittel für Asylsuchende Menschen ausreichen. In diesem Jahr sind 385.000 € vorgesehen. Mit dieser Summe sind wir in der Lage ca. 50 Menschen das Leben zu retten. Asyl suchende sind keine „Sozialtouristen“ wie das Unwort des Jahres es benennen will. Unser Grundgesetz verpflichtet uns zur Hilfe für politisch verfolgte Menschen und als weltoffene Stadt kommen wir gerne dieser Verpflichtung nach. Dennoch wünschen wir uns mehr Unterstützung durch Land und Bund bei der Herkunft der Mittel.

Eine weitere Unwägbarkeit des Haushalts sind die Steuereinnahmen, insbesondere die Gewerbesteuer, die immer abhängig ist von der Konjunktur. In unserem Fall auch zum Teil vom Wetter. Hier können wir nur hoffen und unseren Gewerbetreibenden wünschen, dass der Februar noch einige Schneetage bringt. So dass sich ihre mutigen Investitionen in Liftanlagen und Gastronomie auch genügend Nutzer finden und sich so rentieren.

In unserem Gewerbegebiet haben sich jetzt mit der Fa. Santherm und den Caritas-Werkstätten 2 neue Betriebe angesiedelt, sicher ein kleiner Erfolg. Doch auch hier ist es nötig aktiver und zielorientierter das Gewerbegebiet zu vermarkten.

Eine Aufgabe, der sich unser Wirtschaftsförderer noch intensiver widmen muss. Ziel muss es sein Gewerbe anzusiedeln, das in der Lage ist ansprechende Löhne zu zahlen und Mehrwert in Winterberg zu schaffen.

Den Tourismus als Wirtschaftsmotor unserer Stadt unterstützen wir in vielfältiger Art und Weise. Wir stellen große Flächen als Skigebiete oder als Speicherteiche zur Verfügung. Wir haben mit der WTW eine Gesellschaft geschaffen, die mittlerweile

einen Haushalt von 3,2 Millionen € verwaltet und sachlich und personell erstklassig ausgestattet ist. Seit Jahren bewirtschaften wir Sportstätten, die den Namen Winterberg in die Welt tragen. Wer am ersten Januarwochenende an der Bobbahn war konnte sehen, dass das sich ständig verbessernde Angebot auf großes Interesse stößt. Zumindest, wenn der Termin für die Weltcup Rennen einigermaßen passend liegt. Wer Sonntagabend dann die Tagesschau verfolgte sah Berichte über unsere Stadt zur besten Sendezeit. Natürlich kostet der Unterhalt der Sportstätten viel Geld das im Budget der WTW enthalten ist, aber es ist auch Werbung für unsere Stadt und unsere Wirtschaft, die weltweit wahrgenommen wird.

Die Investitionskosten unserer Sportstätten werden regelmäßig von Land und Bund unterstützt. Gleiches sollte aber auch für die Unterhaltskosten gelten. Ziel eines Olympiastützpunktes ist doch Spitzensportler zu formen, die Land und Bund in der Welt repräsentieren. Hieran muss noch gearbeitet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die zweite Unwägbarkeit im Haushaltsplan für das Jahr 2014 ist natürlich das Oversum mit unserem Bad. Rund 800.000 € haben wir für den Betrieb des Bades in unserem Finanzplan verzeichnet. Ob dies ausreichend ist wird sich zeigen. Es ist ein zähes Ringen zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen in dem sich Betreiber, Insolvenzverwalter, Stadt und Geldgeber befinden. Im letzten Jahr hatte ich gesagt, es sei Zeit die Reißleine zu ziehen, um die Gesellschaft nicht mehr zu beschädigen. Ich hatte die Hoffnung dass die Verträge, die wir abgeschlossen hatten uns eine gewisse Rechtssicherheit geben würden. Nun, Recht haben und Recht bekommen sind verschiedene Dinge. Einmal mehr müssen wir diese Erfahrung machen. Die SPD Fraktion ist bitter enttäuscht über das Verhalten der Oversum - Betreiber, die eine exzellente Ausgangslage nicht genutzt haben, um dieses Projekt zum nachhaltigen Erfolg zu führen. Die Voraussetzungen dafür waren vorhanden. Gutgläubig sind wir den Investoren gefolgt und haben uns auf Ratgeber verlassen, die heute ihre Aussagen relativieren. Diesen Geschäftspartnern können wir nicht mehr vertrauen. Von daher sollten wir alles daran setzen den Heimfall herbeizuführen. Das Bad können auch wir betreiben. Das haben wir in dieser Stadt jahrzehntelang bewiesen.

Gleich ist das Oversum erneut Gegenstand unserer Beratungen. Wieder einmal erreichte uns die Vorlage nicht einmal 48 Stunden vor unserer Sitzung. Ich selbst habe sie erst gestern Abend entdeckt. Für eine vernünftige Vorbereitung auf diese wichtige Debatte ist da kaum Zeit. Das ist nicht nur ärgerlich sondern fahrlässig und ich denke vielleicht steckt sogar Absicht dahinter. Vielleicht hat Ihre CDU Fraktion die Zeit der Klausurtagung nutzen können, um sich mit den Papieren vertraut zu machen. Wir konnten dies nicht.

Herr Bürgermeister, Herr Pieper, meine Damen und Herren
bislang hat die SPD die strategischen Überlegungen der Verwaltung immer gestützt, auch wenn es uns schwer fiel. Als Fraktionsvorsitzender habe ich mich oft verpflichten lassen zur Verschwiegenheit, selbst gegenüber meinen Ratskollegen, um Schaden von den Bürgern dieser Stadt abzuhalten. Sie erwarten von den Ratskollegen blindes Vertrauen in Ihr Verhandlungsgeschick und trauen uns nicht einmal zu, verschwiegen mit vertraulichen Inhalten umzugehen. Sie betonen dann immer es sei nötig, die Ratsmitglieder zu „schützen“. Nun ich verantworte meine Meinung schon seit 53 Jahren, seit ich sprechen lernte.

Meine Damen und Herren wer führen will, muss bereit sein Entscheidungen zu treffen und Richtung zu bestimmen. Er muss aber, meiner Meinung nach, auch in der Lage sein, Sackgassen zu erkennen und Ratschläge anzunehmen.

**Meine Damen und Herren,
ich sprach von Haushaltsrisiken, die das Ergebnis belasten. Das Abenteuer „Oversum“ ist ganz sicher eins davon. Aber darüber werden wir ja nachher noch Gelegenheit haben uns auszutauschen.**

Weiter vorn hatte ich bereits von Lichtblicken in unserem Haushaltsplan gesprochen. Zwei dieser Lichtblicke sind unsere Eigenbetriebe. Der AÖR mit Hendrik Weiß und Willi König an der Spitze gelingt es seit Jahren die Gebühren für unser Wasser und Abwasser stabil zu halten. Hierfür bedanke ich mich im Namen unserer Fraktion. Ein besonderer Dank gilt Michael Kleinsorge und dem Forstbetrieb, der in 2013 neben einem tollen Betriebsergebnis auch die langjährige Forderung der SPD Fraktion umgesetzt hat und seit August einen jungen Mann zum Forstwirt ausbildet.

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeitern der Verwaltung, die an diesem Haushaltsplan mitgewirkt haben. Bei Ihnen Herr Bürgermeister Eickler, Herrn Kruse, Herrn Östreich und Frau Fresen für die bereitwillige Beantwortung unserer Fragen.

Schließen möchte ich mit dem Zitat eines Schriftstellers aus dem 19. Jahrhundert, Berthold Auerbach, der sagte:

„Geld erwerben erfordert Klugheit, Geld bewahren erfordert Weisheit und Geld richtig ausgeben ist eine Kunst“

Meine Damen und Herren,

die SPD Fraktion hat sich intensiv mit dem Haushaltsplan für 2014 und mit der mittelfristigen Finanzplanung auseinandergesetzt. Wir stimmen diesem Entwurf mit den von uns benannten Einschränkungen zu.

Winterberg, 15.01.2014

Harald Koch
Fraktionsvorsitzender der SPD
Im Rat der Stadt Winterberg